

VORGESTELLT:

Internationale Altenbegegnungsstätte
Dortmund

2

THEMA DES MONATS

Arbeit und Behinderung

4

Aus dem Gesamtverband

Jugendhilfetag: Zukunftsbündnis gefordert
Charta für freiwilliges soziales Engagement

12

12

FORUM

Multiplikatorenprogramm Ost der
Deutschen Krebshilfe

13

Volkssolidarität nun auch im Westen

13

SQ-Cert gegründet

14

Aufenthaltsrecht verbessert

14

Spektrum

Neue Schwerpunkte bei Aktion Grundgesetz

15

Ideenpool für Senioren im Internet

15

Sucht und Angehörige: Bessere Hilfen nötig

16

Bündnis für Demokratie und Toleranz

16

Jugend forscht hilft Menschen

mit Behinderungen

17

Spendenrecht

18

Frauennotrufe vernetzt

18

G.Losse

18

Sozialpolitik

Heimgesetz führt zu Problemen

19

Ehrenamt im Ländervergleich

20

Plädoyer für Freiwilligendienst

20

Streit um EU-Charta der Grundrechte

21

Kommentar

21

Pflege-Qualitätssicherungsgesetz als

Mogelpackung

21

Graue Literatur

22

Buchbesprechung

23

Veranstaltungshinweise

24

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die letzte Dekade forderte die freie Wohlfahrtspflege in mehrfacher Hinsicht heraus: Neue Chancen ebenso wie extreme Belastungen gingen vom innerdeutschen Einigungsprozess aus, dessen arbeitsmarkt- und sozialpolitische Folgen noch längst nicht überwunden sind.

Durch die Einführung des Pflegeversicherungsgesetzes und die Reform des Bundessozialhilfegesetzes wurde die Sonderstellung der Wohlfahrtsverbände gegenüber privaten Anbietern in vielen Feldern eingeschränkt oder nahezu aufgegeben. Auch das Kinder- und Jugendhilfegesetz führte zu mehr Konkurrenz im Sozialbereich, indem es eine Pluralisierung der Trägerlandschaft begünstigt. Mit der Ökonomisierung der sozialen Arbeit und den Entwicklungen des EU-Binnenmarktes - Stichwort *Economie Sociale* - zogen vorerst dunkle Wolken für die freie Wohlfahrtspflege auf.

Um im Bild zu bleiben: Die Wohlfahrtsverbände mussten manchen heftigen Schauer aushalten, doch sie sind keineswegs von einer Sintflut fortgespült worden. Im Gegenteil: Für den PARITÄTISCHEN endete das Jahrhundert mit einem Erfolgskapitel, er konnte die Zahl seiner Mitgliedsorganisationen auf nahezu 10.000 mehr als verdoppeln.

Woran dies liegt, bescheinigte uns vor einigen Jahren ein Gutachten zur Bedeutung der Bundesebene von Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege für die staatliche Sozialpolitik: Es unterstrich, dass eine erfolgreiche Umsetzung sozialpolitischer Programme einer verlässlichen föderalen Struktur bedarf, die verschiedene sozialpolitische Verhandlungsebenen einzubeziehen vermag. Zur Vorbereitung und Umsetzung von Gesetzesvorhaben



oder Förderungsvorhaben benötigen Politik und Administration eine Fülle von Informationen, die z.T. nur aus sozialarbeiterischer Praxis und der Nähe zu den Menschen zu gewinnen seien. Außerdem bündele und artikuliere vor allem der PARITÄTISCHE die Interessen von Bürgergruppen, denen ansonsten kaum Beteiligungsmöglichkeiten offenstehen. Das Gutachten bezeichnete es als sozialpolitische Aufgabe der Wohlfahrtsverbände, gerade fachlichen Innovationen aus einer reflektierten Praxis zur Durchsetzung zu verhelfen. Die Stichhaltigkeit dieser Analyse belegt einmal mehr die vorliegende Ausgabe der Nachrichten Parität mit Blicken auf Schwerbehinderten-, Ausländer-, Heimbewohnerschutz- und das Pflege-Qualitätssicherungsgesetz. Wie die Beispiele allerdings zeigen, ist den paritätischen Initiativen und Korrekturwünschen nicht immer gleicher Erfolg beschieden. Das wird uns jedoch nicht in unserem Einsatz ermüden lassen, anwaltschaftlich einzutreten für soziale Belange. Herzlichst

Monika Simmel-Joachim

Monika Simmel-Joachim,
Vorsitzende des PARITÄTISCHEN -
Gesamtverbandes e.V.